

Julian Röpcke und Manfred Rolfes

Kriminalität, (Un-)Sicherheit und Raum

1 Einleitung – Die moderne Sicherheits- gesellschaft und ihre Unsicherheiten

Die Themenfelder „Sicherheit“ und „Unsicherheit“ gehören schon längst zum Alltag moderner Gesellschaften. Scheinbar direkte (Un-)Sicherheitsquellen wie Kriminalität, Rechtsextremismus und Terrorismus haben sowohl im Leben eines jeden Einzelnen als auch in gesellschaftlichen Diskursen um ihre Ursachen, Folgen und Präventionsmöglichkeiten einen hohen Stellenwert. Aber auch allgemeinere Aspekte wie die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrisen, Arbeitslosigkeit, alternative Lebensweisen oder internationale Migrationsströme können für Individuen, Politik und Medien Auslöser von Verunsicherungen sein und (un-)sicherheitsbezogene Debatten auslösen.

Zahlreiche Studien thematisieren die Ursachen und Folgen von (Un-)Sicherheit und die Entstehung einer Sicherheits-, Kontroll- und Präventionsgesellschaft. Damit einher geht die Universalisierung eines nunmehr weltweiten Unsicherheitsdispositives (vgl. GROENEMEYER 2010). (Un-)Sicherheiten umfassen dabei weit mehr als nur Wahrnehmungs- und Kommunikationsprozesse. Sie materialisieren sich zusätzlich in Institutionen und bilden eine ganz eigene Infrastruktur zu ihrer sozialen Bearbeitung aus (vgl. FOUCAULT 1978: 120). Strategien der Versicherheitlichung (*securitization*) reichen in nahezu jedes gesellschaftliche Problemfeld, wobei die ursprünglichen Mindestanforderungen von Schutz und Geborgenheit stark überformt werden (vgl. SPREEN 2010: 195 f). Die globalisierte Welt befindet sich in einem Prozess grundlegender gesellschaftlicher Transformation, in welchem „der Konstruktion und Regulierung von Sicherheit und Unsicherheit ein zentraler Platz“ zukommt (GROENEMEYER 2010: 17).

Aus einer (human-)geographischen Perspektive lassen sich raumbezogene Aspekte gesellschaftlicher (Un-)Sicherheit und auch deren politische, mediale und ökonomische Kontexte anschaulich nachzeichnen. In diesem Beitrag soll an drei unterschiedlichen Beispielen dis-

kutiert werden, inwieweit räumliche Zuschreibungen und räumliche Semantiken mit (un-)sicherheitsbezogenen Themenfeldern verbunden bzw. Räume mit Unsicherheiten „verklebt“ werden (→ Raum): Kriminalität/abweichendes Verhalten, Rechtsextremismus und Terrorismus. Abschließend wird eine Integration in den bestehenden Schulunterricht erörtert.

2 Verräumlichung gesellschaftlicher (Un-)Sicherheit

2.1 Verräumlichung von Kriminalität und abweichendem Verhalten

Das Entstehen individueller oder kollektiver gesellschaftlicher Unsicherheit wird in der Regel mit dem Auftreten und Erleben von Kriminalität oder Straftaten verbunden. Der Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen ist allerdings bedeutend komplexer, als es auf den ersten Blick scheint. Nur zwei Aspekte können hier angesprochen werden:

Erstens zeigt sich das sogenannte Kriminalitätsparadox. Es besagt, dass die subjektive Sicherheit (oder Kriminalitätsfurcht) von der objektiven Kriminalitätslage weitgehend entkoppelt ist (vgl. KRÄUPL/LUDWIG 2000: 133). Beispielsweise kommen junge Männer überdurchschnittlich oft mit Kriminalität oder gewalttätigen Handlungen in Kontakt. Trotzdem ist ihr Unsicherheitsgefühl weit weniger ausgeprägt als jenes von Frauen und älteren Menschen, die wiederum statistisch gesehen seltener als der Durchschnitt Opfer von Straftaten werden. Wesentliche Bestimmungsfaktoren subjektiver Unsicherheit sind somit nicht die Kriminalität, sondern – nach Erkenntnissen der Unsicherheitsforschung – Anzeichen sozialer Desorganisation, Alltagsirritationen und Fremdheit sowie individuelle Merkmale (vgl. BÖSEBECK 2001: 32 ff). Auffällige Gruppen, verdächtige bzw. fremde Personen oder personenbezogene Belästigungen, aber auch Nutzungskonflikte, Lärm, Unordnung und Verwahrlosungen können aufgrund der vermuteten Abwesenheit von sozialer Kontrolle das Unsicherheitsempfinden erhöhen. Darüber hinaus wird vor allem die Medienberichterstattung als Erklärungsgröße für Sicherheitsempfinden bzw. Kriminalitätsfurcht identifiziert (vgl. REICHERTZ 2010: 40 ff u. a.). Unsicherheit(-sempfinden) wird also gesellschaftlich hergestellt.

Zweitens ist zu berücksichtigen, dass auch der Kriminalitätsbegriff vielschichtig aufgeladen ist. Zum einen werden Kriminalität oder abweichendes Verhalten als objektiv ermittelbare und zurechenbare

Eigenschaften individuellen Handelns verstanden. Es ist ein registrier- und messbares Verhalten, das über die Regelungen des Strafbuchbuches identifiziert und festgelegt wird (vgl. BANNENBERG/RÖSSNER 2005: 19 f). Aus einer konstruktivistischen Perspektive werden Kriminalität und abweichendes Verhalten demgegenüber als gesellschaftliche Herstellungsleistungen verstanden, um deren Definitionshoheit verschiedene gesellschaftliche Gruppen konkurrieren (vgl. FREHSEE et al. 1997). Dabei ist es keineswegs trivial, ob Personen einer Gruppe von Mächtigen oder Nicht-Mächtigen angehören (vgl. EIFLER 2002: 6 f). Die Normen, entlang derer eine Handlung als entweder kriminell und abweichend oder eben nicht-kriminell und nicht-abweichend unterschieden wird, werden in spezifischen gesellschaftlichen und politischen Kontexten konstruiert.

Vor diesem Hintergrund setzt sich eine kritische Kriminalgeographie mit der Frage auseinander, auf welche Weise und mit welchen Wirkungen soziale Phänomene und Problemlagen wie abweichendes Verhalten, Unsicherheit und Kriminalität hergestellt und verräumlicht werden (→ Raum). Vor allem in der Alltagswelt (private Netzwerke, Medien, Politik) werden Raumausschnitten (z. B. einem Bezirk, Platz oder Quartier) bestimmte, verunsichernde Charakteristika zugeschrieben: beispielsweise ein hohes Potenzial an sozialen Unruhen, ein nächtliches Unsicherheitsrisiko, eine hohe Anzahl an Diebstählen, Drogendelikten oder Körperverletzungen. Unter anderem dadurch erhalten Räume bestimmte Etikettierungen und treten beispielsweise im medienöffentlichen Diskurs als Problemviertel, „soziale Brennpunkte“ oder unsichere Orte auf (vgl. GLASZE et al. 2005).

Ein räumlicher Blick auf (Un-)Sicherheit und Kriminalität steht zwangsläufig in enger Wechselwirkung mit raumbezogenen Kriminal-/Sicherheitspolitiken und den dazugehörigen Kontrollmechanismen: Wenn Räume als Beobachtungseinheiten für Kriminalität oder Unsicherheiten genutzt oder konstruiert werden, liegt es nahe, dass auch die daran anschließenden präventiven oder kontrollierenden Interventionen räumlich orientiert und organisiert sind. Seit den 1990er-Jahren folgen die von der öffentlichen Hand oder der Privatwirtschaft etablierten Kriminal-/Sicherheitspolitiken vielfach einem territorialen Ansatz. Dazu zählen dann z. B. die unterschiedlichen Formen und Maßnahmen kommunaler oder quartiersbezogener Prävention oder ein kriminalpräventiver Städtebau. Hinzu kommen räumliche Strategien der Überwachung und Kontrolle (z. B. Videoüberwachung) sowie Zugangsbeschränkungen (Betretungsverbote, *Gated Communities*) (vgl. GLASZE et al. 2005: 13 ff).

Aus der Sicht der kritischen Kriminalgeographie und Kriminalsoziologie wird argumentiert, dass diese Kriminal- und Präventionspoli-

tiken nicht mehr primär das Ziel verfolgt, Straffällige oder Menschen mit abweichenden Verhalten in die Gesellschaft sozial und ökonomisch zu (re-)integrieren. Vielmehr sollen – einer neoliberalen Logik folgend – diese Präventionsmaßnahmen und Kontrollmechanismen dazu dienen, von der Norm abweichende Personen oder Gruppen zu identifizieren und deren Verhaltensweisen zu sanktionieren. Sozio-ökonomische oder politische Ausgrenzungen sind die Folge (BELINA 2005: 161 f). Diese Kontrollen, Ge- und Verbote schränken dabei nicht nur die bürgerlichen Freiheitsrechte immer stärker ein, sondern spielen auch eine entscheidende Rolle bei der neoliberalen Neuordnung und Versicherheitlichung des öffentlichen Raumes (vgl. MULLIS 2009: 8 ff).

2.2 Die Tücken des räumlichen Blicks auf Rechtsextremismus

Rechtsextreme Einstellungen und rechtsextremes Verhalten lösen gerade in Deutschland angesichts der geschichtlichen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus vielfach Unverständnis und Unsicherheit aus. In Bezug auf das Auftreten rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen liefern die bestehenden theoretische Ansätze nur teilweise zufriedenstellende Erklärungen. So führt der (des-)integrationstheoretische Ansatz rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen vor allem auf Erfahrungen mit Deprivationen, Entwertung, Ungleichheit oder Ungleichwertigkeit zurück (vgl. HEITMEYER 2002). Rechtsextremismus wird als Indikator für die Desintegration bestimmter Bevölkerungsgruppen gesehen, die sich z. B. als Modernisierungsverlierer oder Privilegienverteidiger verstehen (vgl. JESSE 2004: 11 u. a.).

Obwohl Rechtsextremismus als primär soziales Phänomen verstanden und erklärt werden muss, lassen sich wiederholt räumliche Bezüge als Beschreibungs- und Analysekategorie von Rechtsextremismus beobachten (z. B. BÜRK 2012; STÖSS/NIEDERMAYER 2007: 47 ff). In der öffentlichen und politischen Debatte bekommt der räumliche Blick auf Rechtsextremismus sogar eine besondere Dominanz, da er einen schnellen und orientierenden Überblick bietet und scheinbar eindeutige, weil räumlich fixierbare, Reaktionsmöglichkeiten offenlegt.

Bei diesen regionalisierenden Diskursen dominiert zum einen die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Rechtsextremismus wird in Folge dieser Betrachtung zumeist als ostdeutsches Problem kommuniziert. Es werden zahlreiche Analysen entlang einer prädeternierten Ost/West-Unterscheidung durchgeführt (vgl. BÜRK 2012). Zum Zweiten werden auch auf einer kleinräumigeren Ebene rechtsextreme Einstellungen insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, den sozialen



Abb. 45.1: No-go-Areas in Deutschland (Quelle: nach www.nogoarea.de/karte-no-go-areas/ [Quelle ohne Legende])

Bedrohungseinschätzungen, rechtsextremes Wahlverhalten sowie der Ausländeranteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung des Landkreises eine Rolle (vgl. LAUBEN 2012).

Rechtsextremismus kann zwar räumlich dargestellt und beobachtet werden, die sozialen und politischen Ursachen dafür sind allerdings, wie die Rechtsextremismusforschung zeigt, teilweise unbestimmt und sehr komplex. Diese Unbestimmtheit und Komplexität der Ursachen lassen sich weder auf einer räumlichen Ebene abbilden noch mit ihr begründen. Aus einer humangeographischen Perspektive können somit zwei alltagsweltliche Selbstverständlichkeiten hinterfragt werden: Zum einen bieten der Raum oder die Struktur des Raumes nur wenig Substantielles, um die räumlichen Muster rechtsextremer Einstellungen oder rechtsextremen Verhaltens zu erklären (vgl. MOHRING et al. 2010; ROLFES 2011). Gleichwohl operieren politische, planerische und zivilgesellschaftliche Akteure, die gegen Rechtsextremismus vorgehen, in der Regel auf der Ebene von Administrativräumen (z. B. Stadtteile, Gebietskörperschaften). Zweitens stellt sich die Frage, inwieweit eine vorwiegend räumlich organisierte Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus hinreichend wirksam ist.

Problemgebieten der Großstädte bzw. im ländlichen Raum ausgemacht (vgl. SCHIRMEL 2011).

Über den räumlichen Blick wird z. B. eine inhaltliche Kausalität zwischen einerseits dem Ausmaß fremdenfeindlicher und rechtsextremer Straftaten und Einstellungen und andererseits der Stärke bzw. Schwäche der regionalen Wirtschafts- und Sozialstruktur hergestellt. Ergebnis dieser Regionalisierungen sind unter anderem Kartierungen von sogenannten No-go-Areas (siehe Abb. 45.1) oder National Befreiten Zonen, die wiederum mehrheitlich in den neuen Bundesländern verortet werden (vgl. MOHRING et al. 2010). Es wird kritisiert, dass bei solchen Kartierungen unklar bleibt, wie sie erstellt werden. Bei den verschiedenen farblichen Markierungen spielen sowohl

2.3 Orte terroristischer Anschläge im Kontext der Massenmedien

Das Thema Terrorismus kann seit 2001 als dauerrelevant bezeichnet werden. Während das Phänomen traditionellerweise und teils diskursbestimmend bis heute in den Politikwissenschaften diskutiert und dort als Form politischer Gewalt gekennzeichnet wird (vgl. ROSENZWEIG 2006; HOFFMAN 2002), gewinnen seit der konstruktivistischen Wende relativierende Herangehensweisen zunehmend an Bedeutung (vgl. HÜLSSE/SPENCER 2008). Es wird vor allem untersucht, wie gesellschaftliche Teilbereiche (v. a. Medien, Politik und Wissenschaft) und Charakteristika (Kommunikationen, Diskurse, Normen, Narrative, etc.) mit dem Phänomen Terrorismus in Verbindung stehen.

Von besonderem Interesse ist dabei die medienorientierte Terrorismusforschung, die das Phänomen als *mass-mediated terrorism* (NACOS 2007: 26) definiert und als Kommunikationsprozess beschreibt (vgl. TUMAN 2010: 209). Einerseits wird dabei mit Nachdruck betont, „dass Terroristen die Medien benutzen“ (DILLINGER 2008: 99) bzw. eine „perfide Kommunikationsstrategie“ verfolgen (WEICHERT 2007: 84). Andererseits wird die Beziehung zwischen Medien und Terroristen als symbiotisch bzw. *quasi-symbiotic* bezeichnet (vgl. GLAAB 2007). So verbindet beispielsweise das Konzept des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus (*awareness-terrorism*) die ereignishaftige Negativqualität von Terroranschlägen mit dem Beobachtungszwang der Medien (vgl. WEICHERT 2007: 88 u. a.).

Darüber hinaus existieren diskurs- bzw. systemtheoretische Ansätze. Terrorismus wird als in Diskursen hergestellte, soziale Tatsache betrachtet, die gesellschaftlich relevante Realität konstituiert (vgl. HÜLSSE/SPENCER 2008 u. a.). Die diskurstheoretisch argumentierende kritische (→) Geopolitik nimmt eine kritisch-sozialkonstruktivistische Analyse bestehender Raumbilder innerhalb des Terrorismusdiskurses vor: Sie dekonstruiert geopolitische Argumentationen als Ausdruck rationalisierender, manipulativer und instrumentalisierender Machtdiskurse (vgl. REUBER/STRÜVER 2009 u. a.). Systemtheoretische Ansätze versuchen, Terrorismus bspw. als (parasitäres Konflikt-)System der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft zu beschreiben. Er wird im engen Zusammenhang mit der Berichterstattung der Massenmedien untersucht und erklärt (vgl. FUCHS 2004: 77 ff; JAPP 2007: 166 ff).

Räumliche Bezüge haben beim massenmedialen Thema Terrorismus eine spezifische Rolle und Funktion. Anhand konkreter terroristischer Anschläge lässt sich beobachten, dass diese Ereignisse umso berichtenswerter und scheinbar relevanter werden, desto eher die jeweiligen Attentatsorte mit eigenen sozialen Welten oder Bezügen assoziiert

Abb. 45.2: Berichterstattung über terroristische Anschläge (Quelle: Spiegel Online, Hamburg)



und verknüpft werden können, also an ein soziales Hier angeschlossen werden. Für europäische und nordamerikanische Nachrichtendienste bedeutet dies, dass vor allem Terroranschläge berichtet werden, die an Orten mit westlichen und unter Umständen zivilisatorischen Attribuerungen anschließen. Dabei sind die Termini „westlich“ oder „zivilisiert“ keinesfalls fixe oder geographische Zuschreibungen, sondern kontextabhängige, differenzierende und äußerst selektive Beschreibungen einer sich selbst beobachtenden Gesellschaft. So liegt eine Diskothek in Indonesien unter Umständen näher als ein Basar in Bagdad; oder ein Atomkraftwerk in Australien initiiert eher ein Hier als eines im Iran. Wie kontingent und doch stabil solche Ortsmarkierungen im Zusammenhang mit Terrorismus sind, unreit FUCHS' Resümee:

„Afghanistan liegt, kommunikativ gesehen, mitten in New York“ (FUCHS 2002: 20).

Es ist sehr unterschiedlich, wann Orte oder Ortssemantiken eher als nah (Hier) und wann eher als fern (Dort) interpretiert werden. Ausschlaggebend für ein Nah/Hier können beispielsweise das Vorhandensein von U-Bahnnetzwerken und Hochhäusern, die Präsenz unserer Leute oder auch Lebensstile sein, die die jeweiligen Medien ihren sozialen Adressaten (Zuschauerkreisen) zurechnen. Dabei handelt es sich wiederum nicht um eine fixe Liste, sondern ein Set von Attributen, welches einem kontinuierlichen Wandel unterliegt. Als fern bzw. dort werden hingegen oftmals Orte und Eigenschaften gewertet, die vorzivilisatorischen oder orientalischen Ursprüngen zuzurechnen sind, z. B. die Dominanz nicht-

europäischer Religionen oder die Abstinenz moderner Staatsprägung und Infrastruktur. Zu resümieren bleibt, dass in den Massenmedien und beim Thema Terrorismus vorwiegend Ortsemantiken ausgewählt werden, die ein Gefühl von Vertrautheit bzw. Effekte sozialer Orientierung erzeugen müssen, um einem Thema den notwendigen Informationswert zu verleihen (vgl. REDEPENNING 2006: 128).

3 Überlegungen zum Thema „(Un-)sicherheit in der Schule“

Keine der in diesem Beitrag vorgestellten Formen räumlicher Unsicherheit (Kriminalität, Rechtsextremismus, Terrorismus) ist explizit für den Geographieunterricht vorgesehen. Weder in den aktuellen Rahmenplänen noch in den gesichteten Schulbüchern wird auf diese Themenfelder eingegangen. Dennoch können sie zukünftig in den Unterricht integriert werden.

Delinquenz und Kriminalität sind Aspekte des alltäglichen Lebens, wobei eine Konzentration und Stigmatisierungen in städtischen Räumen zu beobachten sind. Die in Rahmenplänen und Schulbüchern vorgesehenen Aspekte rund um das Thema Stadt (z. B. Metropolisierung, soziale und räumliche Segregation, Entstehung von Mega/Global Cities) bieten sich in diesem Kontext zur Behandlung kriminalitätsbezogener Phänomene an (vgl. die Beiträge in Praxis Geographie Heft 12 2008).

Rechtsextremismus ist ebenfalls gut in den Geographieunterricht zu integrieren. Er könnte sowohl im Hinblick auf die Konstruktion von No-go-Areas als auch die „Realität“ von Ost-West-Differenzierungen besprochen werden.

Eine Behandlung von Terrorismus erscheint sinnvoll, wenn materielle und soziale Folgen der (→) Globalisierung in den Fokus geraten. Neben den zweifelsfrei positiven Aspekten dieses Prozesses sollten auch damit verbundene ökonomische und besonders Wertkonflikte (geographische Konfliktforschung) thematisiert werden, welche sowohl zur Herausbildung moderner Fundamentalismen als auch zu geopolitischen Neuordnungstendenzen führen können.

45 Kriminalität, (Un-)Sicherheit und Raum

- BANNENBERG, B. & D. RÖSSNER (2005): Kriminalität in Deutschland. München.
- BELINA, B. (2005): Räumliche Strategien kommunaler Kriminalpolitik in Ideologie und Praxis. – In: GLASZE, G. et al. [Hrsg.] (2005): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld, 137–166.
- BÖSEBECK, U. (2001): Stadtluft macht frei – und unsicher. Beiträge der Stadtplanungsprofession für mehr Sicherheit in der Innenstadt. Kassel.
- BÖRK, T. (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtstrukturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster.
- DILLINGER, J. (2008): Terrorismus. Wissen was stimmt. Freiburg.
- EIRLER, S. (2002): Kriminalsoziologie. Bielefeld.
- FOUCAULT, M. (1978): Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.
- FREHSEE, D., LÖSCHER, G. & G. SMAUS [Hrsg.] (1997): Konstruktion der Wirklichkeit durch Kriminalität und Strafe. Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 5. Baden-Baden.
- FUCHS, P. (2002): Kein Anschluss unter dieser Nummer oder: Terror ist wirklich blindwütig. – In: BAECKER, D., KRIEG, P. & F. B. SIMON [Hrsg.] (2002): Terror im System. Der 11. September und die Folgen. Heidelberg, 223–238.
- FUCHS, P. (2004): Das System Terror. Versuch über eine kommunikative Eskalation von Raum. Bielefeld.
- GLAAB, S. (2007): Medien und Terrorismus – eine Einführung. – In: GLAAB, S. [Hrsg.] (2007): Medien und Terrorismus. Auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung. Berlin.
- GLASZE, G., PUTZ, R. & M. ROLFES (2005): Die Veräumlichung von (Un-)Sicherheit. Kriminalität und Sicherheitspolitiken – Herausforderungen einer kritischen Kriminalgeographie. – In: Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld.
- GROENEMEYER, A. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden.
- HEITMEYER, W. (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. – In: HEITMEYER, W. [Hrsg.] (2002): Deutsche Zustände, Bd. 1. Frankfurt/M., 13–34.
- HOFFMAN, B. (2002): Terrorismus – der unerklärte Krieg. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- HÖLSE, R. & A. SPENCER (2008): The Metaphor of Terror: Terrorism Studies and the Constructivist Turn. – In: Security Dialogue, 39, 571–592.
- JAPP, K. P. (2007): Terrorismus als Konfliktsystem. – In: KRON, T. & M. REDDIG [Hrsg.] (2007): Analysen des transnationalen Terrorismus. Soziologische Perspektiven. Wiesbaden, 166–193.
- JESSE, E. (2004): Formen des politischen Extremismus. – In: BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN [Hrsg.] (2004): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Berlin, 7–24.
- KRÄUPL, G. & H. LUDWIG (2000): Wahrnehmung von Kriminalität und Sanktionen im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Freiburg.
- LAUBEN, A. (2012): No-Go-Areas in Deutschland. – In: www.nogoarea.de/karte-no-go-areas (Stand: 06.08.2012).
- MOHRING, K., PÖTT, A. & M. ROLFES (2010): No-Go-Areas in Ostdeutschland. Zur Konstruktion unsicherer Räume durch die Massenmedien. – In: EGNER, H. & A. PÖTT [Hrsg.] (2010): Geographische Risikoforschung. Zur Konstruktion verräumlichter Risiken und Sicherheiten. Stuttgart, 151–167.
- MULLIS, D. (2009): Neoliberale Stadt – Entwicklung und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik. Kritische Geographie. Kritik, Theorie & Praxis – Geographie machen. – In: www.rageo.twoday.net/files/NeoliberaleStadt (Stand: 03.08.2012).
- NACOS, B. L. (2007): Mass-mediated Terrorism. The Central Role of the Media in Terrorism and Counterterrorism. Lanham.
- Praxis Geographie (2008): (Un-)Sichere Stadt. Heft 12. Braunschweig.
- REDEPENNING, M. (2006): Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken. Beiträge zur Regionalen Geographie 62. Leipzig.
- REICHERTZ, J. (2010): Mediatisierung der Sicherheitspolitik oder: Die Medien als selbstständiger Akteur in der Debatte um (mehr) Sicherheit. – In: GROENEMEYER, A. [Hrsg.] (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden.
- REUBER, P. & A. STROVER (2009): Diskursive Veräumlichungen in deutschen Printmedien: Das Beispiel Geopolitik nach 9/11. – In: DÖRING, J. & T. Thielmann [Hrsg.] (2009): Mediengeographie. Theorie – Analyse – Diskussion. Bielefeld, 315–332.
- ROLFES, M. (2011): Rechtsextremismus und Raum. Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks. – In: KOPKE, C. [Hrsg.] (2011): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven. Potsdam, 129–149.
- ROSENZWEIG, B. (2006): Islamistischer Terrorismus – Hintergründe und Gegenstrategien. Schwalbach/Buchenbach.
- SCHIRMEL, H. (2011): Sedimentierte Unsicherheitsdiskurse. Die diskursive Konstitution von Berliner Großwohnsiedlungen als unsichere Orte und Ziel von Sicherheitspolitiken. Erlangen.
- SPREEN, D. (2010): Die Sicherheit der Weltgesellschaft. – In: GROENEMEYER, A. [Hrsg.] (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden.
- STÖSS, R. & O. NIEDERMAYER (2007): Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg. – In: SCHODEPS, J. H. et al. [Hrsg.] (2007): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, 47–58.
- TUMAN, J. S. (2010): Communicatig Terror. The Rhetorical Dimensions of Terrorism. SAGE Publications. Los Angeles.
- WALTER, E. (1969): Terror and Resistance. Oxford.
- WEICHERT, A. (2007): Die Propaganda der Tat – Zur Kommunikationsstrategie des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus. – In: GLAAB, S. [Hrsg.] (2007): Medien und Terrorismus. Auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung. Berlin, 83–98.